

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 21.02.2006

Spiegelsaal Haus Opherdicke

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke
Ursula Lindstedt
Karin Goddinger
Hildegard Rüwald
Ursula Erdelkamp
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Helmut Krause
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Dieter Drescher
Regina Müller-Hinz

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Hans-Jürgen Allendörfer

Von der Verwaltung:

Frau Warminski-Leitheußer, Dez. IV

Gäste und Zuhörer/innen:

Herr Ringsiep, ARGE (bis 16.35 Uhr)

Herr Sparbrod, L FB 50
Herr Zakel, FB 50 (bis 17.20 Uhr)
Herr Brötzmann, FB 50 (bis 17.20 Uhr)
Frau Raupach, RAA
Frau Rauert, Pressesprecherin
Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Diekmännken, ARGE (bis 16.35)
Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion
Frau Trümper, Unnaer Tafel (bis 17.20 Uhr)

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Allendörfer als sachkundiger Bürger verpflichtet. Aufgrund von Anschlussterminen der Referenten erklären sich die Ausschussmitglieder auf Vorschlag von Herrn Nadolski-Voigt damit einverstanden, den bisherigen Punkt 5 "Umsetzung des SGB II Grundsicherung für Arbeitssuchende" vorzuziehen und unter Punkt 1 zu beraten. Die anderen Punkte verschieben sich entsprechend. Weitere Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass nach folgender

T a g e s o r d n u n g

beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende -

Punkt 1.1

Informationen allgemeiner Art durch Verwaltung und Geschäftsführung der ARGE

Punkt 1.2

023/06

Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende -

Übernahme der Führungsverantwortung in der Arbeitsgemeinschaft SGB II für den Kreis Unna

Punkt 2

Aufgaben und Arbeitsinhalte des Sachgebietes 50.3

- Integrationsfördernde Maßnahmen (RAA)

mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 3

Unnaer Tafel e. V. Vorstellung der Aufgaben und Arbeitsinhalte
mündlicher Bericht der Unnaer Tafel e. V.

Punkt 4

022/06

Übernahme der Aufgaben der Kriegsofopferfürsorge durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Punkt 5

015/06

Haushalt des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2006
für den Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales -

Punkt 6

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende -

Punkt 1.1

Informationen allgemeiner Art durch Verwaltung und Geschäftsführung der ARGE

Erörterung:

Herr Diekmännken berichtet, dass die ARGE Kreis Unna mit inzwischen 365 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Budget von 250 Mio Euro die 23-größte ARGE im Bundesgebiet sei und die zweitgrößte Kreis-ARGE hinter dem Kreis Recklinghausen. Man betreue inzwischen über 20.600 Bedarfsgemeinschaften mit rund 40.000 Menschen, von denen ca. 28.000 Personen erwerbsfähig seien. Es sei im vergangenen Jahr gelungen, sowohl die Jugendarbeitslosigkeit durch intensive und besondere Betreuung um 8,5 Prozent zu verringern als auch den Arbeitgeberservice durch Einsatz von Fachkräften auszubauen. Leider habe man nur 48 Prozent des Eingliederungsetats ausgegeben, liege im landesweiten Vergleich der Arbeitsgemeinschaften allerdings immer noch an vierter Stelle.

Herr Ringelsiep weist darauf hin, dass die ARGE Kreis Unna zum einen mit der derzeitigen Orga-

nisationsstruktur und den damit verbundenen unklaren Hierarchien sowie zum anderen mit den zu langen Kommunikationswegen zu kämpfen habe. Auch seien die aktuell 16 Standorte einfach zu viel. Aufgrund der stetig steigenden Anforderungen an die ARGE seien aus seiner Sicht insbesondere kurze Entscheidungswege erforderlich. Deshalb bitte er um einen Kreistagsbeschluss, der die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit biete.

Punkt 1.2

023/06

Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende -

Übernahme der Führungsverantwortung in der Arbeitsgemeinschaft SGB II für den Kreis Unna

Erörterung:

Frau Warminski-Leitheußer erläutert die Vorlage. Sie weist ergänzend darauf hin, dass der Kreis Unna durch die Übernahme der Führungsverantwortung die Entscheidung treffen könne, wie die ARGE organisatorisch aufgestellt sei. Dies hätten auch beide Arbeitsagenturen als Vertragspartner sehr deutlich formuliert. Damit könnten auch die von Herrn Ringelsiep genannten Hauptprobleme, mit denen die ARGE zu kämpfen habe, angegangen und beseitigt werden. Anschließend beantwortet sie Fragen aus dem Ausschuss.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt:

“Im Zuge der Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaft SGB II für den Kreis Unna stimmt der Kreistag der Übernahme der Führungsverantwortung in der Arbeitsgemeinschaft SGB II für den Kreis Unna durch den Kreis zu.

Gleichzeitig beauftragt der Kreistag die Verwaltung,

- die Übernahme der Führungsverantwortung durch den Kreis Unna,
- die damit verbundene Anerkennung der Rahmenvereinbarung zwischen BMWA, BA und kommunalen Spitzenverbänden zur Weiterentwicklung der Grundsätze der Zusammenarbeit der Träger der Grundsicherung in den Arbeitsgemeinschaften gem. § 44b SGB II,
- die Festlegungen zur Gewährleistungs- und Umsetzungsverantwortung der Träger des SGB II

- die Stärkung der Geschäftsführung und der dezentralen Verantwortung der ARGE einschl. Neufestlegung der Direktionsbefugnisse des Geschäftsführers über die in der ARGE tätigen Mitarbeiterinnen und künftige Bewirtschaftung von Bundesmitteln durch die ARGE

durch eine Anpassung des ARGE-Vertrages von Dezember 2004 verbindlich zu dokumentieren.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Punkt 2

Aufgaben und Arbeitsinhalte des Sachgebietes 50.3

- Integrationsfördernde Maßnahmen (RAA)

mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung:

Frau Raupach berichtet über Aufgaben und Arbeitsinhalte der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. Die RAA-Bilanz für das Jahr 2005 wird in der Ausschusssitzung verteilt.

Punkt 3

Unnaer Tafel e. V. Vorstellung der Aufgaben und Arbeitsinhalte

mündlicher Bericht der Unnaer Tafel e. V.

Erörterung

Frau Trümper berichtet ausführlich über die Aufgaben und Arbeitsinhalte der Unnaer Tafel e. V. Sie weist darauf hin, dass es kreisweit derzeit sieben Ausgabestellen gebe und vier weitere kurzfristig ihre Arbeit aufnehmen würden. Damit sei der seit August 2004 bestehende Verein mit den aktuell 36 beschäftigten Ein-Euro-Kräften sowie den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern völlig überlastet, zumal auch noch Schulen und Kindergärten bzw. Haushalte mit schwerbehinderten Personen betreut würden. Insgesamt habe man inzwischen 3.700 Tafelausweise an Bedürftige ausgegeben. Das größte Problem liege in der räumlichen Situation am Hauptumschlagplatz Unna, da das Lager aus allen Nähten platze. Zudem fehle es an einem begehbaren Kühlhaus, das in den vorhandenen Räumlichkeiten auch nicht realisiert werden könne. Seit dieser Woche gebe es zusätzlich ein großes Müllproblem: Bisher hätten die täglich anfallenden 290 Kilo

Biomüll kostenlos im Krankenhaus entsorgt werden können, dies gehe aus Platzproblemen künftig nicht mehr. Bei täglicher Anlieferung auf der Müllkippe entstünden aber Kosten in Höhe von 65 Eu-ro. Anschließend beantwortet Frau Trümper Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Nadolski-Voigt regt mit Blick auf die Problemlagen an, dass die Unnaer Tafel eventuell einen Antrag auf Förderung von modellhafter Sozialarbeit stellen könne. Damit könne die für die festen und auch ehrenamtlichen Mitarbeiter sehr unbefriedigende Arbeitssituation erleichtert werden.

Punkt 4

022/06

Übernahme der Aufgaben der Kriegsopferversorge durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag stimmt der Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 25 ff Bundesversorgungsgesetz (BVG), einschließlich der Nebengesetze, die das BVG für anwendbar erklärt, durch den überörtlichen Träger der Kriegsopferversorge, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, spätestens ab dem 01.07.2006 zu.

Der Vorschlag der Verwaltung, die Aufwendungen der Kriegsopferversorge ab dem Haushaltsjahr 2007 ausschließlich über den Kreishaushalt zu finanzieren, wird unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Punkt 5

015/06

Haushalt des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2006
für den Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales -

Frau Warminski-Leitheußer erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass es sich bei den Kosten der Unterkunft bzw. den Kosten für die Pflegeleistungen, die mit rund 97 Mio Euro den größten Posten des Sozialbudgets ausmachten, um Pflichtleistungen handele. Bei den Kosten der Unterkunft sei aufgrund der Personen, die bisher Arbeitslosengeld I erhalten hätten, zudem von einer weiter wachsenden Zahl der Bedarfsgemeinschaften auszugehen. Hinsichtlich des zwischenzeitlich um 100.000 Euro verbesserten Haushaltes verweist Frau Warminski-Leitheußer auf die in den Vorbesprechungen verteilte Änderungsliste der Verwaltung.

Herr Ganzke beantragt für die SPD-Fraktion, unter der Haushaltsstelle 4700.7181 - Förderung des Ehrenamtes - einen Ansatz von 2.000 € in den Haushalt einzustellen, um auf eventuelle Anträge reagieren zu können.

Herr Sparbrod berichtet, dass es seit einigen Tagen eine neue Geschäftsanweisung zur Bewirtschaftung des Verwaltungskostenbudgets zur Umsetzung des SGB II gebe. Nach dieser mit den zuständigen Bundesministerien abgestimmten Anweisung habe sich der Kreis künftig für die Aufgabe "Erledigung der Kosten der Unterkunft mit 12,6 Prozent Hundert an den anfallenden Verwaltungsaufwendungen zu beteiligen. Dieser Prozentsatz gelte dann aber – entgegen der derzeit bestehenden vertraglichen Regelungen - nicht nur für die Leistungssachbearbeiter sondern für den gesamten Personalkörper der ARGE. Neben dem damit verbundenen Kostenanstieg für das Jahr 2006 von 1,6 Mio auf 2,5 Mio Euro komme möglicherweise eine Nachforderung von ebenfalls 900.000 Euro aus 2005 auf den Kreis zu. Dies werde, so Herr Sparbrod, derzeit in Berlin aber noch geklärt.

Frau Warminski-Leitheußer ergänzt, dass der Kreis den Rechtsweg in dieser Frage ausschöpfen wolle, falls der Bund den bestehenden Vertrag zwischen dem Kreis und der ARGE tatsächlich aushebeln sollte.

Der Ausschuss vereinbart, die Sitzungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht über sie abzustimmen. Gleiches gilt für den Antrag der SPD-Fraktion.

Punkt 6

Mitteilung der Verwaltung und Anfragen

1. Betreuung der Unterdreijährigen

Erörterung:

Frau Warminski-Leitheußer erinnert daran, dass die ARGE gemeinsam mit dem Kreis im vergangenen Jahr einen Antrag auf Fördermittel aus dem Landesprogramm zur zusätzlichen Förderung von U 3-Betreuung bei Eltern, die unabhängig von ALG II würden, gestellt habe. Allerdings seien in 2005 keine Mittel geflossen, da der Antrag mehrfach hätte umgeschrieben werden müssen. Für dieses Jahr seien Mittel in Höhe von 180.000 Euro sowie für 2007 196.000 Euro beantragt worden. Die konkrete Organisation der Betreuung solle über den Tagesmütterverein in Bergkamen erfolgen, wobei Voraussetzung hierfür die Einrichtung einer ABM-Stelle sei. Den dortigen Eigenanteil von 7.000 € wolle die Kreisverwaltung – allerdings ohne Einrichtung einer separaten Haushaltsstelle - übernehmen, sobald die Bewilligung der Fördermittel vorliege.

2. Resolution zum Landeshaushalt

Erörterung:

Frau Zubrytzki berichtet, dass im Gleichstellungsausschuss eine Resolution der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW zum Landeshaushalt eingebracht worden sei. Sie fragt an, ob die geplanten Kürzungen nicht auch im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie diskutiert werden müssten.

Frau Warminski-Leitheußer kündigt an, dass sie in der nächsten Ausschusssitzung über die Auswirkungen für den gesamten Sozialhaushalt berichten werde. Dann werde man auch mehr Klarheit über die tatsächlichen Kürzungen haben.

Weitere Mitteilungen und Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Waßen

Schriftführerin

